

Die Bezirke sortieren sich

Sechs Wochen nach der Wahl haben es erst fünf von zwölf Berliner Bezirken geschafft, ein neues Bezirksamt zu wählen. Konstituiert haben sich alle Bezirksverordnetenversammlungen und das Abgeordnetenhaus am 27. Oktober. Auf Landesebene laufen die Koalitionsverhandlungen und in den Bezirken legen die Zählergemeinschaftspartner letzte Hand an ihren Vereinbarungen. Eigentlich sollte eine Zählergemeinschaft einzig und allein dazu dienen, sich auf die Zusammensetzung des Bezirksamtes zu verständigen. Inzwischen sind die Vereinbarungen genau so dick wie das Koalitionspapier des Senats.

Man kann – auch wenn es nichts nutzt – gar nicht oft genug daran erinnern, dass die Bezirksämter keine Regierung und die Bezirksverordnetenversammlungen kein Parlament sind. „Die Bezirksverordnetenversammlungen der zwölf Bezirke sind nach der Verfassung von Berlin Teil der Berliner Verwaltung. Aufgaben der BVV sind die Kontrolle des Bezirksamts sowie die Anregung von Verwaltungshandeln. Hierzu kann die BVV Ersuchen und Empfehlungen an das Bezirksamt richten.“ Von Beschlüssen steht da nichts. Beschließen kann die BVV alles, ob sich jemand danach richtet, ist eine andere Frage. Immerhin kann die BVV den Bezirkshaushalt im Rahmen der Zuweisung des Abgeordnetenhauses beschließen. Wie das Geld im Bezirk verteilt wird, ist dem Senat egal, wie viel ein Bezirk bekommt, entscheiden andere.

Natürlich geht es in erster Linie immer um Sachfragen. Wer allerdings bei der Beobachtung der Konstituierung der Bezirke den Eindruck gewinnt, dass es im Wesentlichen aber doch nur um Köpfe und Posten geht, hat wohl Recht. In Spandau tragen die beiden Parteivorsitzenden von SPD, Raed Saleh, und CDU, Kai Wegner, eine Art Stellvertreterkrieg aus. Saleh ist Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, Wegner Generalsekretär der CDU-Berlin. Geht es wirklich um Spandau? So wie es aussieht, wird in diesem Bezirk wohl erst Ende des Monats das Bezirksamt gewählt. Nur in Mitte, Neukölln, Pankow, Reinickendorf und Treptow-Köpenick sind schon die Bezirksbürgermeister und Stadträte gewählt, wobei in Mitte noch der Stadtrat für Jugend und Bürgerdienste von den Linken zu besetzen ist, und in Pankow haben sich offenbar CDU und AfD noch nicht auf ihre Kandidaten verständigt. Am 16. November könnte das Bezirksamt dann komplett sein. An diesem Tag werden vermutlich auch viele andere Bezir-

ke ihre Bezirksämter wählen. Auch Tempelhof-Schöneberg. Der Entwurf der Zählergemeinschaftsvereinbarung liegt nun vor. Gleich nach dem Inhaltsverzeichnis und der Präambel geht es um die Ressortverteilung, deutlich vor den Sachthemen. Die Zählergemeinschaftspartner SPD und Grüne haben sich das Wesentliche unter ihren je zwei Stadträten aufgeteilt. Die Wahlverliererin CDU kriegt das, was offenbar keiner will: Weiterbildung (Volkshochschulen etc.), Kultur und Soziales.

Während sich die Bezirksbürgermeisterin, zurzeit und ziemlich sicher auch künftig, Angelika Schöttler (SPD), um die klassischen Aufgaben Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung kümmern wird, bündeln sich im zweiten der SPD zustehenden Ressort eine ganze Reihe von Aufgaben: Jugend, Schule, Sport, Gesundheit, Umwelt und Natur. Es ist davon auszugehen, dass der jetzige Stadtrat Oliver Schworck diese Abteilung übernehmen wird, womit er nicht gerade so viel weniger als bisher zu tun haben wird, war er doch bislang schon für Jugend, Umwelt und Natur, aber auch für die Bürgerdienste und das Ordnungsamt zuständig. Schworck ist Vielfältigkeit gewohnt.

Die Grünen im Bezirk werden für die Stadtentwicklung auch weiterhin zuständig bleiben. Schlimmer als bei der noch amtierenden Stadträtin Dr. Sibyll Klotz kann's ja kaum noch werden. Nach Dr. Klotz wird wahlweise die Brache an der Säntisstraße, auf der einst in einer blühenden Landschaft Laubenpieper den Rasen mähten, benannt oder die Torgauer Straße vor dem EUREF-Campus umbenannt. Ehrenhalber, versteht sich.

Das bisher von der CDU verwaltete Facility Management, das sich aus den Aufgaben der früheren Ämter Hochbau und Verwaltung zusammensetzt, aber jetzt natürlich intelligenter klingt, soll nun von den Grünen verwaltet werden. Vorgesehen für Stadtentwicklung und FM ist der bisherige Fraktionsvorsitzende Jörn Oltmann. Den wichtigen Bereich Straßen- und Grünflächenamt, was früher schlicht analog zum Hochbauamt Tiefbauamt hieß, und die Ämter Bürgerdienste und Ordnung übernehmen auch die Grünen. Aber wer? Sicher ist, dass dieses Ressort an eine Frau geht. Aber welche? Wer sich erinnert, dass die Grünen zwei Spitzenkandidaten für die Wahl am 18. September hatten, irrt nicht, aber, während Spitzenkandidat Oltmann ins Bezirksamt geht, könnte Spitzenkandidatin Martina Zander-Rade leer ausgehen. Also nicht ganz leer, denn sie wurde bereits zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und

stellvertretenden BVV-Vorsteherin gewählt, was sie auch schon vorher war. Alles andere also als ein Karrieresprung. Nachdem was man auf den Gängen des Rathauses Schöneberg hört, geben sich die Grünen sehr viel Mühe, Frau Zander-Rade als Bezirksamtsmitglied zu verhindern. Es tauchen immer wieder neue Namen von möglichen Kandidatinnen auf. An diesen Spekulationen beteiligen wir uns natürlich nicht. So wie es aussieht, versenken gerade die Grünen ihre Spitzenkandidatin. Zander-Rade war lange Zeit Vorsitzende des Schulausschusses. Das Schulamt hätte ihr wohl gefallen, bloß ist dieses Amt nun der SPD versprochen worden. Ach ja, Abgründe tun sich auf. Aber, so ist eben Politik. Wer Freunde sucht, sollte sich woanders umschauchen.

Wer bei der CDU die Abteilung Soziales, Weiterbildung und Kultur übernimmt, steht auch noch nicht fest. Jutta Kaddatz, bisher Schulstadträtin, würde gern im Bezirksamt weitermachen. Aber auch ihr Kollege Daniel Krüger, der als Baustadtrat tätig war. Es wird also unvermeidlich bei den Grünen und der CDU zum Showdown kommen.

Diesem Newsletter hängen wir noch einen weiteren an, die Nr. 535 B. Ein zwar unfertiges Werk, das aber schon anhand der fünf bereits neuen Bezirksämter zeigt, die die Ressorts hin und her geschoben werden. Früher war nicht alles besser, einiges schon. Da gab es noch sieben Bezirksamtsmitglieder – zu West-Berliner Zeiten. Von marginalen Abweichungen abgesehen, waren in allen zwölf West-Berliner Bezirken die Abteilungen gleich geschnitten. Nur in Zehlendorf musste der Bürgermeister unbedingt auch Baustadtrat spielen. Dann begann die Zerfledderung in verschiedenste Kombinationen. Dem schob der Gesetzgeber 2008 einen Riegel vor, allerdings halberzig. Es wurden zehn einheitliche Ämter geschaffen, die man nicht aufdröseln darf. Aber, zehn Ämter plus Bürgermeister bei fünf Bezirksamtsmitgliedern öffnete natürlich dem Puzzlespiel erneut Tür und Tor. Jeder bastelt sich seine Abteilung mit den verschiedenen Ämtern nach Belieben oder Parteibefehl zusammen. Das heißt, nur die Zählgemeinschaftspartner verteilen, die anderen müssen das nehmen, was übrig bleibt. Auch das war früher anders und viel besser und gerechter geregelt. Die sieben Abteilungen, die es damals gab, wurden quasi auf den Tisch gelegt und jede Partei, die mit Stadträten im Bezirksamt vertreten war, durfte in einer bestimmten Reihenfolge zugreifen. Beispiel: die stärkste Partei war zuerst dran. Sie nahm sich Bauwesen, weil das immer attraktiv ist. Dann die zweitstärkste. Sie nahm

sich die Abteilung Volksbildung mit dem Schul-, Weiterbildungs- und Kulturbereich. Und so weiter. Eine Resterampe gab's natürlich auch, man hatte aber vorher die Möglichkeit, wenigstens ein öffentlichkeitswirksames Ressort auszuwählen.

Ich halte das Zählgemeinschaftsverfahren für politischen Kinderkram. Auf ein politisches Bezirksamt wollte sich niemand einlassen. Das hätte bedeutet, dass es richtige Koalitionen auf Bezirksebene gibt, mit der Folge, dass die schwächeren Parteien gar nicht im Bezirksamt vertreten gewesen wären. Das Bezirksamt ist aber ein Kollegialorgan, das die politische Stärke der einzelnen Parteien widerspiegeln soll. Das Bezirksamt spricht grundsätzlich mit einer Stimme. Jeder Stadtrat hat die ihm gestellten Anfragen mit dem Satz zu beginnen: „Im Namen des Bezirksamtes erkläre ich...“

Die Zählgemeinschaften sind nicht Fisch und nicht Fleisch. Kein richtiges politisches Gremium, getragen von einer Koalition, sondern eine Interessensgruppe, die sich ein unverbindliches Papier schreibt.

Die Bezirksämter und die Bezirksverordnetenversammlungen sind wichtig, weil sie bürgernah direkt am Menschen sind. In den Senatsverwaltungen redet man viel über die Bürger, aber wenig mit ihnen. Das ist in den Bezirken anders. Die Bezirksämter sollten sich mehr auf ihre eigentliche Funktion konzentrieren, nämlich gemeinsam etwas für die Bürgerinnen und Bürger zu tun. Für ideologische Glaubenskriege sind das Abgeordnetenhaus und der Bundestag zuständig. Also: wichtig sein, sich aber nicht so wichtig nehmen.

Ed Koch